

2 Multiple Ungleichheiten und ihre Artikulation

Im Anschluss werden Ungleichheitstheorien diskutiert, um die soziale Konstruktion gesellschaftlicher Ungleichheit besser nachvollziehen zu können. In Abgrenzung von der meritokratischen Ideologie¹⁸ wird davon ausgegangen, dass Strukturen existieren, die die Reproduktion von Ungleichheiten erleichtern. Diese Strukturen zeigen differenzierte Auswirkungen auf unterschiedliche Personengruppen, die eingangs kurz skizziert werden. Auf dieser Grundlage wird dann auf unterschiedliche Mechanismen der (Re-)Produktion von Ungleichheiten eingegangen, um daran anschließend mögliche Gegenmittel zu skizzieren.

2.1 Traditionelle Ungleichheitsforschung: Klasse/Schicht/Milieu

Die Frage der relevanten Kategorie zur Erfassung sozialer Ungleichheit bzw. auch der zugrunde gelegten Klassifizierungsschemata ist eine der zentrale Problemstellungen in der Debatte, die lange um den Klassenbegriff kreiste. Dieser wurde im Rahmen des bürgerlich-liberalen Kampfs gegen Adel und Klerus in Stellung gebracht, wie insbesondere Adam Smith's Hauptwerk zum „Wohlstand der Nationen“ (Smith 2003) zeigt, das gegen die Klasse der Grundeigentümer gerichtet, Partei für die Bourgeoisie ergreift. Später übernahm Marx diesen Klassenbegriff und trat für das von Smith eher bemitleidete Proletariat als Klasse ein, die nur ihre Ketten zu sprengen habe, um die Macht zu erlangen (Marx und Engels 1986). Oft wird Marx' Klassenbegriff darauf reduziert, die ausbeutende kapitalistische Klasse der lohnabhängigen und ausgebeuteten Klasse des Proletariats entgegenzustellen (vgl. z.B. Burzan 2007, S. 17). Diese Lesart schließt an die Darstellung im „Kapital“ (Marx 1986) an, wo dieses Verhältnis und die damit in Verbindung stehende Ausbeutung auf theoretisch-abstraktem Niveau (im Rahmen einer Analyse der kapitalistischen Produktionsweise „in ihrem idealen Durchschnitt“, vgl.:MEW 25: 839) erarbeitet wird. Demnach kann der „doppelt freie Lohnarbeiter“ seine Arbeitskraft zwar frei auf dem Markt verkaufen und also frei von den vormals existierenden feudalen Abhängigkeitsverhältnissen

¹⁸ Die Meritokratie benennt eine Ideologie, nach der das Lebensschicksal der Menschen nicht mehr bloß durch Geburt, sondern aufgrund von individuellen Arbeitsleistungen bestimmt wird. Meritokratie ist eine der wichtigsten legitimatorischen Ideologien sozialer Ungleichheit, die besonders in den Ländern des kapitalistischen Zentrums, aber auch in der (Semi-)Peripherie wirkt. Die „meritokratische Triade“ besteht aus Bildung, Beruf und Einkommen (Kreckel 2004, S. 97). Leistung drückt sich also durch Bildung/Qualifikation, die dadurch und durch Fleiß ermöglichte berufliche Stellung und in weiterer Folge das dadurch verdiente Einkommen aus.

sein. Jedoch ist er auch gleichzeitig „frei“ vom Besitz von Produktionsmitteln und muss somit seine Arbeitskraft dem Besitzer dieser Produktionsmittel verkaufen. Dieses Klassenmodell hat Vorzüge, da hier der Ungleichheits-generierende Mechanismus der Ausbeutung herausgearbeitet wurde, der der Gewinnung von Mehrwert zugrunde liegt (Marx 1986, S. 192ff.). Dabei zeigt Marx mit Hilfe der Werttheorie, dass der Gebrauchswert der Ware Arbeitskraft höher als ihr (in Form von Lohn ausbezahlter) Tauschwert ist. Die Differenz bezeichnet er als Mehrwert und den zugrunde liegenden Mechanismus als Ausbeutung (vgl. Heinrich 2004, S. 78ff.; Sweezy 1959, S. 42ff.).

Diese Lesart wurde aber oftmals aufgrund der zu simplen Dichotomie zwischen Kapitalisten und Proletariern kritisiert, da die reale Ausdifferenzierung der Gesellschaft diesen einfachen Rahmen sprengt. Diesbezüglich interessant ist, dass die handlungsorientierte Klassentheorie, die Marx vor allem im „18. Brumaire“ (Marx 1965) entwickelte, von den erwähnten KritikerInnen nicht rezipiert wurde. Die Darstellung geht hier weit über die dichotome Gegenüberstellung zweier Klassen hinaus und definiert eine Vielzahl handelnder Klassen (vgl.: Bischoff *et al.* 2002, S. 21ff.). Das berühmteste Beispiel ist diesbezüglich wohl die Darstellung der Parzellenbauern (vgl. dazu z.B. Kreckel 2004, S. 147; Spivak 2008, S. 31). Hier definiert Marx Klasse im Hinblick auf ökonomische Existenzbedingungen, „die ihre Lebensweise, ihre Interessen und ihre Bildung, von denen der andern Klassen trennen“ (MEW 8: 198), was dazu führt, dass die individualisiert lebenden Parzellenbauern unfähig sind, „ihr Klasseninteresse im eigenen Namen, sei es durch ein Parlament, sei es durch einen Konvent geltend zu machen. Sie können sich nicht vertreten, sie müssen vertreten werden“ (ebd.).

Im deutschsprachigen Raum herrscht eine stark ablehnende Haltung gegenüber der Kategorie „Klasse“, da diese als zu reduktionistisch (ausschließlich auf das Zwei-Klassen-Modell bezogen) kritisiert wird. Die wichtigste alternative Konzeption stellt das Schichtmodell Theodor Geigers dar, der Gruppen von Personen als Schicht definiert, „die irgendein erkennbares Merkmal gemein haben und als Träger dieses Merkmals einen gewissen Status in der Gesellschaft und im Verhältnis zu anderen Schichten einnehmen. Der Begriff des Status umfasst Lebensstandard, Chancen und Risiken, Glücksmöglichkeiten, aber auch Privilegien und Diskriminationen, Rang und öffentliches Ansehen“ (Geiger, zitiert nach: Burzan 2007, S. 26). Klassen werden hier nur als eine mögliche Ausprägung von Schichten verstanden, die als analytische Oberkategorie gelten könnten und sich insbesondere aufgrund verschiedener Einstellungen darstellen lassen. In diese Richtung argumentieren auch andere Theoretiker wie z.B. Stefan Hradil (1987) oder Michael Vester (Vester *et al.* 1993), die davon ausgehen, dass die Sozialstruktur durch soziale Milieus und nicht mehr durch Klassen oder Schichten gekennzeichnet sei. In Bezug auf das Zugehörigkeitsgefühl von Men-

schen zu sozialen Gruppen und damit in weiterer Folge zur Analyse von politischen Mobilisierungsmöglichkeiten sind diese Zugänge von großer Bedeutung. Sie vernachlässigen jedoch Prozesse der Ausbeutung, wie sie in der marxistischen Klassenanalyse prominent sind.

2.2 Ungleichheiten jenseits des Klassenexus

In den letzten Jahrzehnten wird vielfach diskutiert, dass die bis in die 1970er Jahre dominante Fokussierung auf den Klassenexus viele Ungleichheiten jenseits davon ausblendet. Vor allem rassistische und sexistische, aber auch weitere „neue Ungleichheiten“ bzw. Diskriminierungen wurden thematisiert, z.B. in Bezug auf körperliche Fähigkeiten (*ableism*), Religion, Alter oder Sexualität (Adams *et al.* 2000). Die theoretische Aufarbeitung der zentralen Kategorien sozialer Ungleichheit beschränkt sich hier auf die Trias von *Class*, *Race* und *Gender* – die drei Bereiche, die in der Literatur zu multipler Ungleichheit und Intersektionalität am häufigsten genannt werden. Cornelia Klinger (2008a) führt dies darauf zurück, dass mit diesen drei Achsen sozialer Ungleichheit die zentralen gesellschaftlichen Strukturprinzipien auf der Makro-Ebene benannt werden. Um diese Frage näher zu betrachten, wird im Anschluss kurz auf Theorien zu Geschlechter- und rassistischer bzw. ethnischer Ungleichheit eingegangen, um dann auf das Zusammenwirken von *Class*, *Race* und *Gender* einzugehen.

2.2.1 Geschlecht/ Gender

In feministischen Debatten wird der Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit (vgl. z.B. Randall 2002) große Aufmerksamkeit zuteil: Die Zuweisung der privaten Sphäre an Frauen und die damit verbundene unbezahlte Arbeit steht der Zuschreibung der öffentlichen Sphäre für die Männer gegenüber¹⁹. Damit sind politische Partizipationsrechte und bezahlte Arbeitsverhältnisse verbunden. Zusätzlich wirken Mechanismen, die ein geringeres Niveau der Bezahlung in vornehmlich von Frauen ausgeübten Berufen zur Folge haben (vgl. Knapp 2006; Nowak 2009). Demnach sind öffentlich wahrnehmbare Rollen in der Politik und der Arbeitswelt Männern zugeordnet, während Frauen die unbezahlte und

¹⁹ Der in feministischen Theorien verwendete Begriff von Öffentlichkeit unterscheidet von einem Verständnis, das den Begriff auf staatliches Handeln im engeren Sinn bezieht. FeministInnen rekurrieren meist nicht primär auf den Gegensatz zwischen Staat und privater Sphäre, sondern thematisieren den Haushalt als Ort privater Familienangelegenheiten – die zu politisieren und damit öffentlich zu machen sind. Dadurch fällt in ersterem Zugang der Bereich sozio-ökonomischer Beziehungen wie z.B. Lohnarbeit in nicht-staatlichen Betrieben in den Bereich des Privaten, während feministische Zugänge dies im Öffentlichen ansiedeln würden (Okin 1991, S. 68f.).

„schmutzige“ Haushalts- bzw. Reproduktions- oder *Care*-Arbeit zukommt (Baker und Silvey 2008; Duffy 2007; England 2005; Madörin 2006). Im Gegensatz zur männlich dominierten Erwerbsarbeit ist die weiblich dominierte Reproduktionsarbeit teilweise unter-, aber weitgehend unbezahlt (Lewis *et al.* 2008) und gesellschaftlich weitgehend „versteckt“ (Himmelweit 2002). Im privaten Haushalt „unsichtbar“ gemacht, sind Frauen dann in weiterer Folge vulnerabel in Bezug auf Gewalt, die oftmals inner-familär ausgeübt wird (Moussa 2008).

2.2.2 *Rassismus*

Die sozial konstruierte Kategorie „Rasse“ wird in der Regel kontroversieller als „Gender“ diskutiert, insbesondere im deutschsprachigen Raum, was mit dem nationalsozialistischen Erbe um die verhängnisvolle „Rassenlehre“ zusammenhängt. Um dem Begriff auszuweichen, wird daher oftmals auf den Begriff „Ethnizität“ zurückgegriffen (z.B. Gabbert 2007). Generell ist diesbezüglich mittlerweile allgemein anerkannt, dass „Rasse“ nicht durch biologische Unterschiede zu erklären ist.²⁰ Dennoch wird international debattiert, wie mit diesem Umstand umzugehen ist.

Einerseits existiert eine Strömung, die sich auf das „Rassismus Paradigma“ bezieht (vgl. Miles und Brown 2003). Hier wird unter dem Hinweis darauf, dass „Rasse“ ein sozial konstruierter Begriff ist, der sich weder biologisch noch genetisch wissenschaftlich rechtfertigen lässt und als Grundlage für Rassismus dient, die Verwendung des Begriffs abgelehnt. Auch das Ersetzen von „Rasse“ durch Ethnizität wird als problematisch angesehen. Stattdessen wird die Verknüpfung von Rassismus und klassenbasierter Unterdrückung und die Verstärkung letzterer durch rassistische Diskriminierung betont. Abgelehnt wird hingegen der Zugang der „*race relations*“, da hier der in dieser Lesart für die Entstehung von Rassismus erforderliche Prozess zur *racialisation*, also der ideologischen Konstruktion von „Rassen“ zu Grunde gelegt wird.

VerfechterInnen des Zugangs der „*race relations*“ vertreten hingegen, dass der Begriff „Rasse“ aufrecht zu erhalten ist, da sonst die Gefahr bestehe „*racial eliminativism*“ (Taylor 2004, S. 11) zu betreiben, also rassistische Unterdrückung zu de-thematisieren. In diesem Zugang wird die soziale Konstruktion von „Rassen“ als Grundlage für Identifikationen verstanden, die historisch in erster Linie zur Rechtfertigung rassistischer Handlungen dienten, jedoch später auch

²⁰ Jacquard (1978, 1983) belegte mit naturwissenschaftlichen Forschungen, dass die Kategorie „Rasse“ biologische Unterscheidungen nicht rechtfertigen kann. Genetische Unterschiede sind seinen Forschungen zu Folge innerhalb gleicher „Rassen“ größer als zwischen unterschiedlichen „Rassen“ (vgl. Hofbauer 1995, S. 60f.).

zur kritischen Selbst-Reflexion der Unterdrückten. „Rasse“ wird hier von „Ethnizität“ dahin gehend unterschieden, dass sich erstere auf körperliche Merkmale – in erster Linie Hautfarbe – bezieht, während mit Ethnizität kulturelle Gemeinsamkeiten gefasst werden (Zack 2006, S. 35ff.), „*we can say, 'race' points to the body, while 'ethnicity' points to culture*“ (Taylor 2004, S. 54).²¹

Historisch ging die Entstehung des Rassismus mit dem Aufkommen und der Intensivierung von Kolonialismus bzw. Imperialismus einher (Melber 2008). Die kolonisierenden EuropäerInnen legitimierten die Unterwerfung von AfrikanerInnen und den ursprünglichen BewohnerInnen Nord- und Südamerikas mit ihrer geistigen Überlegenheit. Mit der Aufklärung wurde Rassismus nicht aufgegeben, sondern vielmehr auf „wissenschaftliche“ Basis gestellt. Schädelmessungen u.ä. „belegten“ die Überlegenheit des weißen Mannes (auch gegenüber Frauen, aber besonders gegenüber den übrigen „Rassen“). Außerdem bekam „Rasse“ auch kulturelle Signifikanz – insbesondere die afrikanische Kultur wurde als primitiv und Affen-ähnlich dargestellt, was als ideologische Grundlage für den Prozess der Versklavung von AfrikanerInnen diente (Hall 1989b; Hofbauer 1995, S. 21ff.). Sklaverei und rassistische Diskriminierung vor dem Gesetz prägten dann lange die kolonialen und post-kolonialen Realitäten – insbesondere in Brasilien und Südafrika – und sind Grundlage für aktuell praktizierten Rassismus und seiner Internalisierung durch die Diskriminierten (Fanon 2008a).

2.2.3 Ungleichheiten zwischen verschiedenen Staaten

Die Debatte um Rassismus zeigt die Bedeutung einer Form von Ungleichheiten, die lange Zeit nur wenig reflektiert wurden: Ungleichheiten zwischen Staaten nahmen im 20. Jahrhundert stark zu. Milanovics (2011, S. 109ff.) Berechnungen zu Folge, waren 2002 Ungleichheiten zwischen Staaten für 80% der globalen Einkommensungleichheit verantwortlich, während es um 1870 bloß 40% gewesen wären. Staatsbürgerschaft wurde daher laut Milanovic (ebd.) ab etwa 1900 wichtiger als Klassenzugehörigkeit (vgl. auch: Marshall 1950). Das kann als Grundlage des Nationalismus gesehen werden, der oft Verbindungen mit dem Rassismus aufweist.

Wichtige entwicklungspolitischen Diskussionen beziehen sich auf Ungleichheiten zwischen Staaten: DependenztheoretikerInnen (vgl. Senghaas 1974, 1979b) thematisierten seit den 1950er Jahren strukturelle Ungleichheiten im

²¹ Naomi Zack weist auf komplexe Beziehungen zwischen „Rasse“ und „Ethnizität“ in den USA hin – einerseits sind z.B. Sioux, Mohawk, Pueblo und Iroquois unterschiedliche Ethnien der gleichen „Rassen“-Kategorie, während *Hispanics* eine „racially variable ethnic group“ (Zack 2006, S. 36) darstellen.

Weltmarktzusammenhang als Trennung zwischen Zentrum und Peripherien und betonen dabei internationale Ausbeutung, die hinter dem Prozess der Peripherisierung der Staaten stehe: Ihnen zufolge fungierten die Länder der „3. Welt“ bloß als „Satelliten“ der Zentren (Industrieländer). Die Einbindung in den Weltmarkt erfolgte in peripherer – und von den Zentrumsökonomien abhängiger – Position, die durch Imperialismus und neo-imperialistische Praktiken hervorgerufen wurde.²² Daraus entsteht eine Industriestruktur, in der industriell gefertigte Güter (mit hoher Wertschöpfung) aus den Zentrumsökonomien importiert werden müssen. Die daran anschließende politische Forderung war ein Abkoppeln vom Weltmarkt und die Erlangung von autonomer staatlicher Handlungsfähigkeit (Senghaas 1979a). Gleichzeitig thematisierten DependenztheoretikerInnen soziale Ungleichheit als Entwicklungshindernis. Fehlende Umverteilung führe dazu, dass breite Teile der Bevölkerung der Peripherie nicht an der kapitalistischen Entwicklung teilhaben konnten. Ihr Ausschluss verhinderte wiederum die Generalisierung des Massenkonsums, wodurch letztendlich ökonomische Entwicklung nach dem Vorbild der Zentren unmöglich würde. Diese Debatten haben große Bedeutung für Brasilien und sind Grundlage für eine progressive Form des Nationalismus, während für Südafrika die zuvor genannten Diskussionen über Rassismus wichtiger erscheinen.

2.2.4 *Multiple Ungleichheiten und ihre Artikulation*

Das Zusammenspiel ungleichheitsrelevanter Kategorien wurde von den 1970ern bis in die 1990er im Rahmen der Debatte um „triple oppression“ (vgl.: Meulenbelt 1988) diskutiert. In den letzten Jahren rückte stattdessen der Begriff der „Intersektionalität“ in den Mittelpunkt der Diskussionen (Bond 2003a; Burman 2003; Butterfield 2003; Davis 2008; Klinger und Knapp 2008; Klinger *et al.* 2007; McCall 2005; Yuval-Davis 2006). Aus der feministischen Debatte kom-

²² „Unterentwicklung“ benannte dabei den Gegensatz zum früher unentwickelten Kapitalismus Europas (vgl. Frank 1969). In Dependenz- und der daran anknüpfenden Weltsystemtheorie wurden globale Ungleichheiten seit jeher in diesem Kontext diskutiert, wobei vor allem ein Mangel an nationaler Souveränität kritisiert wurde. Die Albert O. Hirschman entlehnten Begriffe von Zentrum und Peripherie dienten der Thematisierung ungleicher Entwicklungs- und Abhängigkeitsprozesse. Später wurden sie um den Begriff der „Semi-Peripherie“ erweitert: „Neben der Oberschicht von Staaten des Zentrums und der Unterschicht von peripheren Staaten gibt es eine Mittelschicht von Staaten der Semiperipherie“, wie Wallerstein (1979, S. 51) anmerkte. Grundlegende Unterschiede in Bezug auf periphere Gesellschaftsformationen wurden von DependenztheoretikerInnen dahingehend gefasst, dass sie nicht davon ausgingen, dass die europäische Entwicklung das zu erreichende Ideal darstellt und qua Nachahmung periphere Länder aus ihrer „Unterentwicklung“ gelangen könnten – wie dies von VertreterInnen der Modernisierungstheorie propagiert wurde (Kolland 2004). Der Unterschied zu den vormals kapitalistisch „unentwickelten“ europäischen Staaten bestehe daher in der Situation der „Unterentwicklung“.

ment, wurde ursprünglich die Eignung von „Gender“ als zentrale Analysekategorie in Frage gestellt. Anfänglich von der US-amerikanischen Juristin Kimberle Crenshaw (1989) auf das Zusammenwirken von „Rasse“ und „Gender“ bezogen, wurde später auch das Zusammenwirken mit „Klasse“ und anderen Achsen sozialer Ungleichheit mitberücksichtigt. Mittlerweile schon für die zu breite Anwendung als „*catchall phrase*“ (Phoenix und Pattynama 2006, S. 187) oder „*buzzword*“ (Davis 2008) kritisiert, fungiert Intersektionalität einerseits als aktueller Begriff, um ältere Debatten um das Zusammenspiel unterschiedlicher Formen von Herrschaft und Unterdrückung zu thematisieren (vgl. z.B. Bonacich 1999; Eisenstein 1999; Haraway 1982; hooks 1981); andererseits wird unter der Rubrik auch auf *Identity Politics* (Bernstein 2005) und das Zusammenspiel von Sexismus, Rassismus und Hetero-Normativität eingegangen (Jackson 2006). Es existieren also unterschiedliche Zugänge zum Thema, die sich insbesondere in Bezug auf ihren theoretischen Referenzrahmen und bezüglich der Reichweite der Analyse unterscheiden.

Das mit „Intersektionalität“ bezeichnete Kreuzen von verschiedenen Achsen der Ungleichheit bzw. Identitäten verweist auf komplexe soziale Phänomene, die McCall (2005) zusammenfasst: Den ersten Zugängen „intrakategorialer Komplexität“ ging es um das Verständnis der Situation afro-amerikanischer Frauen, die weder mit Klassen- noch mit „Rassen“- oder feministischen Theorien voll erfasst werden konnte. Mittels *thick descriptions* in Einzelfallstudien wird versucht, spezifische vormals unsichtbare soziale Gruppen an den *intersections* auszumachen – z.B. afro-amerikanische Haushälterinnen – und dann deren spezifische Alltagserfahrungen näher zu beschreiben. Post-moderne bzw. post-strukturalistische „antikategoriale Komplexität“ ist ein Zugang, der im Anschluss an Foucault und Derrida analytische Kategorien zu dekonstruieren versucht. Die diskursive Konstruktion von Identitäten wird hier in Bezug zu „*othering*“ (die Abgrenzung der eigenen Identität von der der „Anderen“) gesetzt und in weiterer Folge für Exklusion und Ungleichheit verantwortlich gemacht.

Bei diesen beiden Zugängen zu Intersektionalität kommt dem Konzept der „radikalen Kontingenz“ (Laclau und Mouffe 2001; vgl. Scherrer 1995, S. 462) zentraler Stellenwert zu. Alle Beziehungen zwischen Identität, Interesse und Position können demnach nicht aus „objektiven“ Bezugsgrößen logisch gefolgert werden, sondern müssen offen gedacht werden. Daraus ergibt sich ein offenes System ungleichheitsrelevanter Kategorien, das kritisiert wird, strukturelle Momente der Unterdrückung de-thematisieren (Klinger 2008a; vgl. auch: Hill Collins 1995; McCall 2005). Daher plädiert McCall für die Erfassung der Intersektionalitäten in einem Zugang von „interkategorialer Komplexität“, bei dem die Beziehungen zwischen konstituierten sozialen Gruppen im Mittelpunkt stehen. Da der Fokus auf die strukturellen Beziehungen gelegt wird, ist hier die Kategorisierung unver-

meidlich. Cornelia Klinger (2003, 2008a, 2008b) verortet sich ebenso wie McCall im Feld kritisch-realistisch inspirierter „interkategorialen Komplexität“. Sie betont die generierenden Mechanismen in Bezug auf die Strukturprinzipien – die Organisation der Arbeit, der Körper und von Fremdheit –, die durch den Zugang der „*interlocking systems of oppression*“ (Hill Collins 1995; vgl. auch: Andersen und Hill Collins 2003) wieder in den Fokus der Analyse kämen. Klassenspezifische Ungleichheit bezieht sie auf den Kapitalismus, geschlechtsspezifische Ungleichheit auf das Patriarchat. „Rasse“ bzw. Ethnizität werde von Kolonialismus bzw. Imperialismus (Klinger 2008a, S. 44).

2.3 Kausale Mechanismen sozialer Ungleichheit

Debatten um die unterschiedlichen Kategorien sozialer Ungleichheit rückten oft Fragen um die Anerkennung von Differenz in den Vordergrund (z.B. Young 1990; Honneth 1994) – die Annahme einer homogenen Gruppenzugehörigkeit berufe sich implizit auf kulturelle Normen von „weißen“ Männern und führe zum Ausschluss subalternen Gruppen – der „Anderen“ – aus der Gesellschaft. Zygmunt Bauman (2001) kritisierte, dass die neue Betonung von Differenz sehr oft Ungleichheiten maskiere, weil die Forderung nach Anerkennung von Differenzen zur Legitimierung von sozialer Ungleichheit diene (das rechtskonservative Argument gegen „Gleichmacherei“). Nancy Fraser griff diese Kritik auf und verband im Rahmen einer Diskussion mit Axel Honneth dessen Konzept von Anerkennung mit den traditionell diskutierten Themen der Ungleichheitsforschung (Fraser 2003). Ihr zufolge zielen die Auseinandersetzungen im Rahmen der Identitätspolitik(en) auf Anerkennung (*recognition*) ab, während ökonomischer Benachteiligung vor allem mit Hilfe einer Politik der Umverteilung (*redistribution*) beigegeben werden könne. Die ökonomische Umverteilung hat ihr zu Folge Klassencharakter, die kulturelle Anerkennung der Differenz hingegen Statuscharakter. Später fügt sie der zweidimensionalen Konzeption sozialer Gerechtigkeit als Anerkennung und Umverteilung noch eine dritte Dimension – die der Repräsentation – hinzu (Fraser 2005, 2007). Damit thematisiert sie Fragen, die im Zusammenhang mit Demokratie und Mitbestimmung stehen – insbesondere die Frage der räumlichen Reichweite politischer Entscheidungen. Somit kann sie neben Debatten um „Globalisierung“ bzw. „Scale“ auch an die von Sen als zentral angesehene globale Tendenz Richtung liberaldemokratischer Transformation (Sen 1999a) wie auch an die post-koloniale Debatte um Repräsentation (vgl. Spivak 2008) anschließen. Das daraus resultierende „3-R Konzept“ Frasers dient im Anschluss als Orientierungshilfe bezüglich kausaler Mechanismen der Produktion und Bekämpfung sozialer Ungleichheit.

2.3.1 Exklusion und Repräsentation

Unter Repräsentation wird verstanden, inwiefern unterschiedliche soziale Gruppen ihre Interessen gesellschaftlich geltend machen können. Das betrifft einerseits das zuvor beschriebene Feld von Ungleichheiten zwischen Staaten und die damit verbundenen unterschiedlichen politischen Handlungsspielräume nationaler Politik (Fraser 2005). Andererseits ist damit aber auch ein Thema verbunden, das besonders für (semi-)periphere Staaten bedeutsam ist: die Exklusion (bzw. Marginalisierung) größerer sozialer Gruppen aus dem politischen und sozialen gesellschaftlichen Geschehen (vgl. Kronauer 2002). Dieser Ausschluss aus dem gesellschaftlichen Leben ist zentrales Merkmal von Exklusion, die z.B. in Lateinamerika schon seit Jahrhunderten systematisch existiert und Bevölkerungsmehrheiten betrifft (Fleury 1998), die in einer Art „subalternen Staatsbürgerschaft“ leben (Souza 2008). Die jahrhundertelange Toleranz des Phänomens beschreibt Souza (ebd.) als „Naturalisierung der Ungleichheit“.

Die Thematisierung sozialer Exklusion geht einher mit dem Begriff „*underclass*“ bzw. dem der „Überflüssigen“. Mit der „Unterklasse“ sind in erster Linie chronisch arbeitslose Menschen gemeint, die in weiterer Folge auch aus anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fallen – und in diesem Sinne „überflüssig“ für die Gesellschaft werden. Diese Menschen konzentrieren sich räumlich auf bestimmte Viertel, wodurch in weiterer Folge die Exklusionsprozesse reproduziert werden (Wilson 1997, 2006).²³ Ein weiteres Problem dieser Menschen stellt dann auch Gewalt dar, die in den Ghettos verstärkt auftritt (Peterson und Krivo 2005). Gleichzeitig wird in der Literatur auch die „Selbst-Exklusion“ der „Eliten“ diskutiert (Gabbert 2007, S. 119ff.), die sich gegenüber den anderen Gruppen abgrenzen – mittels Habitus (Bourdieu 1982; vgl. den folgenden Abschnitt) und/oder auch räumlich über „*gated communities*“ (Hamnett 2001).

In der von Quijano angestoßenen Debatte um Marginalität bzw. den „marginalen Pol“ wurde deutlicher die Verbindung zum kapitalistischen Weltsystem und den Abhängigkeitsstrukturen in peripheren Gesellschaften gezogen als in den zuvor dargestellten (vgl. Imbusch 2008), deren VertreterInnen weitgehend von Ausgeschlossenen ausgehen, bei denen man „nichts finde, was auszubeuten oder zu unterdrücken wäre“ (Luhmann 1996, S. 227, zitiert nach: Kreckel 2008, S. 56). Den Begriff der „Überflüssigen“ leitet Quijano (1974, S. 327ff.) im Gegensatz zu aktuellen Zugängen von Marx' Konzept der „relativen Überbevölke-

²³ Mit der Betonung der räumlichen Einflüsse auf Exklusion hebt sich Wilson von konservativen Vertretern in der „*Underclass*“-Debatte wie z.B. Murray (1994) ab, die von pathologischen Phänomenen ausgehen und zu gesellschaftlichem moralischen Verfall führen würden und staatlich von „Wohlfahrts-Abhängigkeit“ genährt würden (kritisch dazu vgl.: Alcock 2006, S. 27ff.; Goldberg 2000, S. 166ff.).

rung“ her, grenzt ihn jedoch vom Begriff der „industriellen Reservearmee“ ab (vgl. dazu: Marx 1986, S. 657ff.). Letzterer Begriff suggeriert Quijano zu Folge eine vorübergehend arbeitslose Bevölkerung, die über ausreichend Qualifikation verfügt, um am Arbeitsmarkt für Konkurrenz zu sorgen und somit das Lohnniveau der übrigen Arbeitskräfte weiter nach unten drückt. Die Marginalisierten Lateinamerikas hingegen verfügen nicht über die geforderten Qualifikationen, um im dominanten Wirtschaftssektor arbeiten zu können und können somit als „Überflüssige“ auch nicht mit den Arbeitskräften dieses Sektors konkurrieren. Dennoch trägt ihre Arbeitskraft entscheidend zur Reproduktion des dominanten Sektors bei, der durch die niedrigen Reproduktionskosten konkurrenzfähiger wird. Die „Überflüssigen“ werden daher überausgebeutete und nicht aus dem Ausbeutungsprozess ausgeschlossen. Die Heterogenität der peripheren Gesellschaftsformationen stellt für Quijano und andere ein dauerhaftes Merkmal ihrer Entwicklung dar. Daher wird in der dependenztheoretischen Debatte von „struktureller Heterogenität“ (Córdova 1973; Pinto 1970) gesprochen.

Der Gegegenpol der Exklusion – Inklusion – ist ein verbreiteter Mechanismus einer auf Gleichheit abzielenden Politik, da er Teil des modernen Nationalstaats ist und BürgerInnen mit Rechten auf öffentliche Leistungen ausstattet (Therborn 2006, S. 15). Einerseits ist dafür die zuvor thematisierte Debatte um staatliche Handlungsspielräume im internationalen Staatensystem und „Entwicklungsstaat“ bzw. Sozialdemokratie relevant. Andererseits geht es auch um die Entwicklung innerhalb von Staaten. Der Begriff der „StaatsbürgerInnenschaft“ bzw. *Citizenship* (engl.), *Ciudadania* (span.) oder *Cidadania* (port.) erlangte große Bedeutung im Demokratisierungsprozess Lateinamerikas (Alvarez *et al.* 1998, 2004; Goodhart 2006). Ähnlich wie bei Spivaks „*Can the Subaltern Speak?*“ (Spivak 2008) steht auch hier die Frage der Repräsentation der Subalternen im Mittelpunkt. Als StaatsbürgerInnen stehen allen Mitgliedern der Gesellschaft Rechte zu, sowohl am gesellschaftlichen Reichtum gleichberechtigt teilzuhaben wie auch das Gemeinwesen demokratisch mitzugestalten. Historisch beziehen sich die entsprechenden Forderungen insbesondere auf die Erfahrungen der europäischen Wohlfahrtsstaaten während des Fordismus. Für diese Phase diagnostizierte der einflussreiche Soziologe T.H. Marshall (1950) das Aufkommen von „*social citizenship*“. Durch die Gewährung von politischen und sozialen Rechten würden Klassenunterschiede langsam verschwinden und an deren Stelle gleiche StaatsbürgerInnen einander gegenüberreten. Die Zugehörigkeit zu bestimmten Nationalstaaten würde somit die Klassenzugehörigkeit als wichtigstes kollektives Merkmal, das die soziale Hierarchie dominiert, ablösen. Der starke Fokus auf die Nation als identitär einendes Element kann einerseits kontraproduktiv im Hinblick auf die mögliche Förderung von Formen rassistischer Diskriminierung sein. Andererseits bezieht sich die Berufung auf gleiche Rechte auf

Transformation von Ungleichheitsregimes
Gleichheitsorientierte Politik in Brasilien und Südafrika
Leubolt, B.
2015, XX, 406 S. 62 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-07360-2